

Niederschrift zur 1. und konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Straßen-, Verkehrs-, und Marktangelegenheiten am Montag, dem 22. August 2011 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Weserstraße 75, 28757 Bremen

Beginn: 17.00 Uhr
Ende: 19.45 Uhr

Vorsitzende: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Jantz

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Konstituierung des Ausschusses sowie Verpflichtung der Ausschussmitglieder
2. Wahl eines Sprechers / einer Sprecherin
3. Wahl eines stellvertretenden Sprechers / einer Sprecherin
4. Vegesacker Herbstmarkt
- Sachstand -
5. Verkehrsberuhigung in der Uhthoffstraße
6. Anhörungen des Amtes für Straßen und Verkehr
7. Straßenunterhaltungen und –sanierungen
 - a) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel und deren Verwendung (siehe Anlage)
 - b) Prioritätenliste
8. Nutzung der Straße Grohner Kamp / Aufhebung der Einbahnstraßenregelung
9. Touristische Wegweisung
10. Ablehnungen des Amtes für Straßen und Verkehr
11. Auswertung der Ergebnisse der Geschwindigkeitsmessanlage
12. Fortschreibung der Prioritätenliste für die Aufstellung der Geschwindigkeitsmessanlage
13. Verkehrsanordnungen
14. Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Anwesende Mitglieder:

Frenzel, Greta
Jäckel, Gabriele
Krüger, Harald
Kurt, Sabri
Meier, Oliver
Mohrmann, Heinz Otto
Buchholz, Rainer für Rodewald, Marcus
Pörschke, Thomas für Schmidt, Florian
Sprehe, Heike

Sonstige Teilnehmer:

Frau von Glahn (Stadtamt Bremen)
Herr Lange (Arbeitsgemeinschaft der Bremer Märkte)
Herr Meins (Polizeirevier Blumenthal)
Herr Röhrßen (Schaustellerverband des Landes Bremen e.V.)
Herr von Salzen (Schaustellerverein Bremen, Kreisstelle Vegesack)
Herr Schröder (Amt für Straßen und Verkehr)
Herr Teiwes (Amt für Straßen und Verkehr)

Tagesordnungspunkt 1

Begrüßung und Konstituierung des Ausschusses sowie Verpflichtung der Ausschussmitglieder

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer, eröffnet die Sitzung und stellt die Konstituierung des Ausschusses fest. Die Einladung ist den Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen. Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen, die Tagesordnung wird wie vorliegend beschlossen.

Die Ausschussmitglieder, die bisher noch nicht verpflichtet wurde, werden vom Vorsitzenden auf die Bestimmungen des Beirätegesetzes verpflichtet.

Tagesordnungspunkt 2

Wahl eines Sprechers / einer Sprecherin

Der SPD-Fraktion obliegt das Vorschlagsrecht für den Sprecher / die Sprecherin. Frau Jäckel schlägt Frau Sprehe als Ausschusssprecherin vor.

Beschluss:

Frau Sprehe wird als Sprecherin des Ausschusses für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten gewählt.

Ergebnis:

- einstimmig -

Tagesordnungspunkt 3

Wahl eines stellvertretenden Sprechers / einer Sprecherin

Der CDU-Fraktion obliegt das Vorschlagsrecht für den stellvertretenden Sprecher / die stellvertretende Sprecherin. Herr Krüger schlägt Frau Frenzel als stellvertretende Ausschusssprecherin vor.

Beschluss:

Frau Frenzel wird als stellvertretende Sprecherin des Ausschusses für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten gewählt.

Ergebnis:

- einstimmig -

Tagesordnungspunkt 4

Vegesacker Herbstmarkt, Sachstand

Der Vorsitzende begrüßt Frau von Glahn sowie die Vertreter der Schausteller und führt in die Thematik ein.

Frau von Glahn teilt die Öffnungszeiten des geplanten Vegesacker Herbstmarktes sowie die Zeiten der Straßensperrungen mit. Die Sperrungen werden zudem über die Amtlichen Bekanntmachungen in der Presse veröffentlicht.

Da sich in der Gerhard-Rohlf's-Straße vor dem Stadthaus Vegesack auch zum Zeitpunkt des Marktumzuges eine Baustelle befindet, wird der Umzug durch die Halenbeckstraße um das Gebäude herumgeführt.

Frau von Glahn stellt die einzelnen Fahrgeschäfte, Verkaufsstände etc. vor. Ein Highlight stellt erneut die Verpflichtung des Riesenrades dar.

Die Parkgarage am Sedanplatz wird vor der Beendigung des Marktes jeweils um 23.00 Uhr schließen. Ein Verlassen der Garage ist dennoch möglich.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen von Frau von Glahn zur Kenntnis.

Der Vorsitzende spricht ihr im Namen des Ausschusses und des Ortsamtes seinen Dank für die Organisation aus.

Tagesordnungspunkt 5

Verkehrsberuhigung in der Uhthoffstraße

Es liegt ein Antrag von Anwohnern der Uhthoffstraße zur Verkehrsberuhigung ihrer Straße vor. Der Vorsitzende verliest die zentralen Forderungen:

- Ein Streckengebot von 30 km/h (s. Bsp. Theodor-Neutig-Straße, Borchshöher Straße, Friedrich-Humbert-Straße)
- Eine Möglichkeit der gefahrlosen Überquerung der Uhthoffstraße im mittleren Bereich für Kinder und alte Leute (Zebrastreifen oder Fußgängerampel)
- Eine eindeutige Ausschilderung zum Parkhaus Vegesack Mitte (A 270 Abfahrt 4 Am Rabenfeld)
- Eine Aufhebung des absoluten Halteverbotes in der gesamten Uhthoffstraße.

Des Weiteren liegt dem Ausschuss eine Anhörung des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) bzgl. der geplanten Aufhebung der Verpflichtung für die Radfahrer, den Radfahrweg in der Uhthoffstraße zu nutzen.

Frau Buck, Frau Hausmann und Frau Siemer, die die Anliegen für die Anwohner der Uhthoffstraße federführend verfolgen, sind anwesend.

Frau Hausmann schildert die verkehrliche Situation in der Uhthoffstraße. Sie bezieht sich bei ihren Ausführungen beispielhaft auf weitere Straßen im Stadtteil (z.B. Borchshöher Straße, Friedrich-Humbert-Straße), in denen bereits das Tempolimit auf 30 km/h reduziert wurde.

Frau Buck geht mit ihrem Beitrag auf die Gefährdung der Radfahrer ein, würden sie zukünftig die Straße nutzen.

Frau Frenzel kritisiert, dass die Radfahrer vom ASV als Geschwindigkeitsbegrenzer missbraucht würden.

Frau Sprehe bedauert zudem, dass kein Vertreter des ASV zu diesem Tagesordnungspunkt erschienen ist und fragt, ob die Geschwindigkeitsmessanlage bereits in der Uhthoffstraße aufgehängt wurde.

Herr Meins erläutert, dass gesetzliche Vorgaben vorsehen, die Benutzungspflicht von Radwegen für Radfahrer aufheben, wenn diese Wege eine zu geringe Breite aufweisen. Den Radfahrern würde freigestellt, ob sie den Radweg oder die Straße nutzen.

Für Herrn Meins erscheint es fraglich, ob eine Ampel oder ein Zebrastreifen zu der notwendigen Entlastung führt. Zudem suggeriert ein Zebrastreifen eine nicht existente Sicherheit. Die Polizei empfiehlt keine Reduzierung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h.

Herr Siemer merkt an, dass auch Schulkinder den Radweg befahren und ggf. künftig die Straße befahren könnten. Eltern mit Kindern würden aus der Straße weg und nicht hinzuziehen.

Herr Zimmer erwartet die Unterstützung des Beirates für die Anwohner und verweist auf die vielen sogenannten Beinahe-Unfälle, die sich ereignen würden.

Der Vorsitzende kündigt für die Verfolgung der genannten Forderungen einen langen Diskussionsprozess an. Außerdem sollte der Ausschuss bei seiner Beratung die Auswirkungen für angrenzende Straßen mit berücksichtigen.

Frau Sprehe fehlt bisher ein Alleinstellungsmerkmal für die Uthhoffstraße. Evtl. müsste die Situation vor Ort mit einem Vertreter des ASV angesehen und die Ausschilderung des Parkhauses korrigiert werden.

Herr Pörschke merkt an, dass die Temporeduzierung einen Zeitverlust von 20 Sekunden für die Autofahrer bedeuten würde. Es ist ein Interessenausgleich zwischen den Anwohnern und den passierenden PKW-Fahrern zu erzielen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird folgender Beschluss gefasst:

Der Ausschuss für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten fordert das Amt für Straßen und Verkehr auf, dem Ausschuss und dem Ortsamt Vorschläge zu unterbreiten, die zu einer Reduzierung der Verkehrsbelastung in der Uthhoffstraße führen. Die Vorschläge sollen in einer weiteren Ausschusssitzung mit dem Amt für Straßen und Verkehr und den Anwohnern der Uthhoffstraße, die den Bürgerantrag eingebracht haben, vor Ort erörtert werden. Die Auswirkungen auf die angrenzenden Straßen sollen in die Beratung einfließen.

Ergebnis:

- einstimmig -

Tagesordnungspunkt 6

Anhörungen des Amtes für Straßen und Verkehr

Es liegen drei Anhörungen des Amtes für Straßen und Verkehr zu Maßnahmen vor, die auf Grund eines Radwege-Checkups geplant werden.

Das Amt für Straßen und Verkehr beabsichtigt, die beabsichtigt die Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht in den Straßen Uthhoffstraße (67859), Georg-Gleistein-Straße (25470) und Friedrich-Klippert-Straße (24110).

Beschluss, Ergebnis:

Drei Ausschussmitglieder sprechen sich für die Realisierung der geplanten Maßnahme aus, vier lehnen sie ab.

Damit lehnt der Ausschuss für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten die beabsichtigte Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht in den Straßen Uthhoffstraße (67859), Georg-Gleistein-Straße (25470) und Friedrich-Klippert-Straße (24110) ab.

Zu der Anhörung bzgl. des geplanten Betriebsplanes für den Science Parkt gibt der Ausschuss einstimmig eine positive Stellungnahme ab.

Tagesordnungspunkt 7

Straßenunterhaltungen und –sanierungen

a) zur Verfügung stehende Haushaltsmittel und deren Verwendung

b) Prioritätenliste

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Schröder vom ASV als Referenten und reflektiert die Thematik. Er bittet Herrn Schröder zu verbleibenden finanziellen Mitteln für das Jahr 2011 und die voraussichtlich zur Verfügung stehenden Gelder für das Jahr 2012 Stellung zu beziehen. Er bezieht sich dabei vor allem auf die in der Planungskonferenz getroffene Festlegung, den Beirat frühzeitig in geplante Maßnahmen einzubeziehen.

Herr Schröder verweist in diesem Zusammenhang auf eine Deputationsvorlage, die die Haushaltsansätze widerspiegelt. Für das Stadtgebiet insgesamt stehen 8,65 Millionen Euro zur Verfügung, davon für Bremen-Nord 924 Tausend Euro. Neben der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit sind mit 180 Tausend Euro die Radwege zu sanieren.

1.400 Straßenkilometer erstrecken sich über das gesamte Stadtgebiet, 320 Kilometer alleine in Bremen-Nord.

Da das zugewiesene Geld nach Aussage von Herrn Schröder ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit eingesetzt werden müsse, könnte keine Prioritätenliste erstellt werden.

Herr Schröder ruft in Erinnerung, dass in Bremen-Nord viele Straßen noch nicht erstausgebaut wurden. Die Ausbaukosten wären zu 90 Prozent von den Anliegern zu tragen. Zudem sei fraglich, ob Bremen die verbleibenden 10 Prozent aufbringen könnte.

Herr Buchholz kritisiert, dass keine Prioritätenliste vorgelegt wurde. Des Weiteren sollte Bremen-Nord mehr Geld für die Straßensanierung zur Verfügung gestellt werden. Herr Buchholz erwartet, dass sich die zuständige Deputation auch für Bremen-Nord adäquat einsetzt.

Frau Sprehe fordert eine mittelfristige Perspektive, in der die geplanten Straßensanierungen aufgezeigt werden. Außerdem beklagt sie die nicht vorhandenen Fußwege in vielen alten Straßen im Stadtteil. Insgesamt erwartet Frau Sprehe Lösungsvorschläge seitens des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr. Sie bemängelt, dass der Beirat bei der Auswahl der Straßen, bei denen das Kaltwalzverfahren angewendet wurde bzw. bei denen dieses angewendet werden könnte, nicht beteiligt wurde und Kenntnis über die einzelnen Maßnahmen aus der Presse erlangt hat.

Frau Frenzel merkt an, dass der Ausbau der Straßen am Einspruch der Anlieger gescheitert sei.

Herr Schröder reflektiert den Schriftverkehr zu diesem Thema, der seit 1992 geführt würde. Auch er würde eine mittelfristige Planung für den Erstausbau alter Straßen begrüßen, z.B. damit sich die Bürger auf eine evtl. notwendige Beteiligung einstellen könnten.

Bei der Auswahl der Straßen für das Kaltwalzverfahren müsse der Beirat nicht beteiligt werden. Die einzelnen geplanten Maßnahmen werden in der Baukonferenz, die dem Beirat über das Ortsamt zugeleitet wird, beschrieben.

Der Vorsitzende erklärt, dass Maßnahmen erst im Nachhinein oder teilweise zufällig kommuniziert würden. Eine vorzeitige Beteiligung und Information ist notwendig. Nach den von Herrn Schröder vorgestellten Zahlen, würden sich 23 Prozent des gesamten Straßennetzes über Bremen-Nord erstrecken. Die zugewiesene Summe für die Straßensanierung entspricht im Verhältnis nicht diesem Anteil. Der Anteil an finanziellen Mitteln, der für Bremen-Nord zur Verfügung gestellt wird, ist folglich anzuheben.

Auf die Nachfrage von Herrn Meier teilt Herr Schröder mit, dass sich das Budget für die Straßensanierung voraussichtlich nicht erhöhen wird. Die Qualität der Straßen würde damit zunehmend schlechter.

Es gibt allerdings ein System, in dem der Straßenzustand erfasst und die Entwicklung dokumentiert wird.

Herr Kurt teilt mit, dass die Häuser nach der Sanierung in einer Straße bei schwerem Verkehr vibrieren würden.

Regressansprüche für etwaige Schäden müssten von den Anliegern z.B. beim ASV geltend gemacht werden.

Der Vorsitzende stellt fest, dass mit dem Pavement Management System des ASV die Abnutzungswerte der Straßen ermittelt werden können. Diese Auswertung könnte dem Ausschuss zur Verfügung gestellt und eine grundsätzliche Prioritätenliste gemeinsam abgestimmt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten fordert das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) auf, dem Ausschuss über das Ortsamt eine mit dem Pavement Management System des ASV erzeugte Liste mit den Straßen Bremen-Nords, insbesondere des Stadtteil Vegesacks, und ihren Abnutzungswerten zur Verfügung zu stellen.

Ergebnis:

- einstimmig -

Tagesordnungspunkt 8

Nutzung der Straße Grohner Kamp / Aufhebung der Einbahnstraßenregelung

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein, die auf Grund eines Bürgerantrages an den Ausschuss herangetragen wurde. Der Ausschuss hatte einen Beschluss gefasst, der an das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) weitergeleitet wurde. Das ASV teilt in seinem Anschreiben mit, dass auf Grund der geringen Straßenbreite die Einbahnstraßenregelung im Bereich des Grohner Sterns nicht aufgehoben werden kann. Die Einrichtung eines Minikreisels wäre grundsätzlich möglich. Sollte sich der Beirat weiterhin für diese Maßnahme, die Kosten wurden vom ASV in einer ersten Schätzung mit 280.000 Euro beziffert, aussprechen, müsste der Beirat finanzielle Mittel für zusätzliche Planungskosten zur Verfügung stellen.

Herr Meins weist darauf hin, dass bei der Aufhebung der Einbahnstraßenregelung ein Begegnungsverkehr auf Grund der geringen Straßenbreite zu gefährlichen Situationen führe.

Frau Sprehe zweifelt die vom ASV ermittelten Kosten für die Erstellung eines Minikreisels an.

Für Herrn Meier wäre eine Verkehrsberuhigung in dem Bereich des Grohner Sterns, insbesondere der Schönebecker Straße, wünschenswert.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden nimmt der Ausschuss für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 9

Touristische Wegweisung

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Teiwes vom Amt für Straßen und Verkehr und beschreibt die touristischen Bemühungen des Stadtteils Vegesack. Die einzelnen Einrichtungen werden leider teilweise falsch oder unzureichend ausgeschildert.

Herr Teiwes merkt an, dass eine Touristische Wegweisung in Bremen-Nord vorhanden ist. Die Ergänzung dieser Route gestaltet sich schwierig, da die Leistungen der Firma, die die Ergänzungen erstellt, nicht zufriedenstellend sind. Die Ausschilderung zum Spicarium wird innerhalb von zwei bis drei Wochen fertig gestellt sein.

Der Vorsitzende berichtet, dass in der Vergangenheit Schilder trotz vorheriger Anhörung des Beirates und dessen korrigierenden Hinweisen falsch aufgestellt wurden.

Herr Pörschke meint, dass auch eine andere Firma mit den notwendigen Informationen neue Schilder im bekannten Design erstellen können muss.

Herr Meier schlägt eine Ortsbegehung gemeinsam mit Herrn Teiwes zur Überprüfung der aktuellen Wegweisung und zur Feststellung des Korrektur- und Ergänzungsbedarfs vor.

Beschluss:

Der Ausschuss für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten bittet das Ortsamt Vegesack gemeinsam mit dem Amt für Straßen und Verkehr, Referat 30 – Straßenverkehrsregelungen (Bereich Allgemeine Wegweisung) die bestehende Touristische Wegweisung auf ihre Richtig- und Sinnhaftigkeit zu überprüfen.

Tagesordnungspunkt 10

Ablehnungen des Amtes für Straßen und Verkehr

Frau Sprehe begründet ihren Wunsch zur Behandlung der Thematik. Eine Liste aller vom Beirat und Ausschuss beschlossenen Maßnahmen und den Reaktionen des Amtes für Straßen und Verkehr hierauf, sollte mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr erörtert werden. Ziel des Gesprächs sollte eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem Amt für Straßen und Verkehr sein.

Das Ortsamt wird eine entsprechende Übersicht erstellen und diese dem Ausschuss zur Verfügung stellen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten kritisiert ausdrücklich das wiederholte Fernbleiben des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) zu dem aufgerufenen Tagesordnungspunkt „Ablehnungen des Amtes für Straßen und Verkehr“.
Das ASV lässt damit den Fachausschuss und das Ortsamt mit Sachfragen alleine. Nach einer Beschlussfassung erklärt das ASV dann regelmäßig die Hinderungsgründe für eine Realisierung der beschlossenen Maßnahmen.

Das Ortsamt Vegesack stellt eine Liste der vorliegenden Ablehnungen zusammen. Diese Liste soll neben der grundsätzlichen Kritik in ein Gespräch mit dem Amt für Straßen und Verkehr einfließen.

Ergebnis:

- einstimmig -

Tagesordnungspunkt 11 Auswertung der Ergebnisse der Geschwindigkeitsmessenanlage

Da Herr Hildebrandt als zuständiger Verkehrssachbearbeiter des Polizeireviers Vegesack nicht anwesend ist, spricht sich der Ausschuss für eine Vertagung des Tagesordnungspunktes aus.

Tagesordnungspunkt 12 Fortschreibung der Prioritätenliste für die Aufstellung der Geschwindigkeitsmessenanlage

Der Tagesordnungspunkt wird ebenfalls vertagt.

Die Geschwindigkeitsmessenanlage soll insbesondere während des Vegesacker Herbstmarktes in der Ludwig-Jahn-Straße aufgehängt werden.
Des Weiteren soll mit Herrn Hildebrandt erörtert werden, ob die Anschaffung einer dritten Geschwindigkeitsmessenanlage sinnvoll erscheint. Ggf. könnte die fest installierte in der Sagerstraße mit Solarzellen betrieben werden.

Tagesordnungspunkt 13 Verkehrsordnungen

Der Ausschuss nimmt die Verkehrsordnungen Nr. VAO.1330/08/2011 - In den Wellen und Im Löh, Nr. VAO.0509/04/2011 - Friedrich-Klippert-Straße sowie Nr. VAO. 0497/04/2011 - Bruno-Bürgel-Straße zustimmend zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 14 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Fahrradunterstellplatz in der Hammersbecker Straße / Ecke Meinert-Löffler-Straße abgebaut wird. Der Vorsitzende wird mit dem Bürgerhaus besprechen, ob die Installation der Fahrradbügel vor ihrem Gebäude aus Mitteln des Bürgerhauses finanziert werden kann.

Ein Anwohner der Theodor-Neutig-Straße beklagt den durch die erst kürzlich abgeschlossenen Straßenbauarbeiten im Aumunder Heerweg entstandenen Baustellenlärm. In den Abend- und Nachtstunden sollen sowohl Baumaschinen, wie Presslufthammer, als auch Reinigungsmaschinen mit Blaulicht und akustischen Signalen eingesetzt worden sein. Herr Meins berichtet, dass diese nächtlichen Ruhestörungen bereits bekannt wären und dass auch das Amt für Straßen und Verkehr entsprechend tätig werden würde.

Der Vorsitzende schließt um 18.30 Uhr die Sitzung.